



Netzwerk SprachenRechte
Schiffamtsgasse 20/31
1020 Wien

An Frau Präsidentin Dr. Susanne Brandsteidl
Stadtschulrat für Wien
Wipplingerstraße 28
1010 Wien

An Frau Ministererin Dr. Claudia Schmied
Minoritenplatz 5
1014 Wien

Wien, 13.03.2009

Stellungnahme zum Wiener Modell der Sprachförderung

Wie in den letzten Tagen durch die Medien bekannt wurde, ist im Bereich des Stadtschulrats für Wien tatsächlich daran gedacht, das auf einer Pressekonferenz im Februar 2008 präsentierte so genannte „Wiener Modell der Sprachförderung (1+1)“ mit dem folgenden Schuljahr auch in den ersten Klassen der Volksschulen umzusetzen. Nach diesem Modell werden Kinder mit anderen Erstsprachen als Deutsch, die zum Zeitpunkt der Schuleinschreibung im Frühjahr 2009 nicht über als ausreichend befundene Deutschkenntnisse verfügen, nicht in die erste Klasse der Volksschule aufgenommen, sondern in Vorschulklassen zusammengefasst. Mehr- und zweisprachige Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch werden auf diese Art allein auf Grund der Tatsache als nicht schulreif eingestuft, dass sie die deutsche Sprache nicht so gut beherrschen wie einsprachig deutschsprachig aufgewachsene Kinder. Ihre Sprachkompetenzen in der Herkunfts- bzw. Muttersprache werden nicht für die Feststellung der Schulreife herangezogen. Auch das Sprachstandsfeststellungsverfahren in der Zweitsprache Deutsch genügt unserer Kenntnis nach nicht den aus wissenschaftlicher Sicht anzulegenden Mindestanforderungen (vgl. z.B. Ehlich, Konrad u.a. 2005: Anforderungen an Verfahren der regelmäßigen Sprachstandsfeststellung als Grundlage für die frühe und individuelle Sprachförderung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund. Eine Expertise für das Bundesministerium für Bildung und Forschung. München).

Eine derartige Maßnahme verletzt elementare Sprachenrechte der Kinder und stigmatisiert zu Unrecht Kinder mit anderen Erstsprachen als nicht schulreif und ordnet Mehrsprachigkeit damit in eine Kategorie mit Entwicklungsdefiziten z.B. im motorischen Bereich ein.



Eine derartige Maßnahme erreicht das Gegenteil von dem, was sie intendiert – Segregation statt Integration. Es besteht die Gefahr, dass reine „Ausländerklassen“ entstehen, mit einigen wenigen auf Grund von Entwicklungsrückständen tatsächlich nicht schulreife deutschsprachig aufgewachsenen Kindern. Die Möglichkeit, von gleichaltrigen deutschsprachig Aufgewachsenen im Spracherwerb zu profitieren, fällt dadurch weg. Mit ähnlichen Modellen hat es international schon eine Reihe von Misserfolgen gegeben, so auch in Wien in den für Flüchtlinge aus dem Bosnienkrieg eingerichteten Sonderklassen.

Eine derartige Maßnahme missachtet die sprachlichen Kompetenzen zwei- und mehrsprachiger Kinder und setzt „Sprache“ mit „deutscher Sprache“ und „Sprachkenntnisse“ mit „Kenntnisse der deutschen Sprache“ gleich.

Die Volksschule hatte bisher die Aufgabe, die Kinder, deren Erstspracherwerb in unterschiedlichen Sprachen bzw. dialektalen Varietäten der deutschen Sprache erfolgt ist, in den ersten Jahren der schulischen Sozialisation an die Bildungssprache Deutsch heranzuführen. Diese Aufgabe wird durch derartige Maßnahmen an die Eltern delegiert und signalisiert den Eltern anderssprachiger Kinder, ihre Sprachen seien minderwertig. Das Gegenteil wäre nötig: Eine Aufwertung der Erstsprachen in Kindergarten und Schule, denn eine ungehinderte bzw. geförderte Entwicklung der Erstsprache ist nach wissenschaftlichen Erkenntnissen die Basis für das Erlernen der Zweitsprache Deutsch und jeder weiteren Sprache.

Das Wiener Modell ist sowohl unter sprachrechtlichen als auch spracherwerblichen und sprachdidaktischen Gründen kontraproduktiv. Wir fordern daher die Verantwortlichen SchulpolitikerInnen auf, dieses Modell der vermeintlichen „Sprachförderung“ zurückzuziehen und mehrsprachige Kinder, die die deutsche Sprache noch nicht ausreichend beherrschen, wie bisher als außerordentliche SchülerInnen in normalen Volksschulklassen einzuschulen, sowie die nötigen Ressourcen für eine sinnvolle Deutsch- und Muttersprachförderung im Regelklassenverband bereitzustellen.

Für das Netzwerk SprachenRechte

Verena Plutzar
www.sprachenrechte.at